

Die Ukraine vor einem Neuanfang

www.kas.de/Ukraine

Wenige Tage nach der Flucht von Viktor Janukowitsch wird eine Koalition aus Vertretern der ehemaligen Oppositionsparteien Batkiwtschyna und Swoboda mit Experten und Maidan-Aktivisten die Ukraine regieren.

Es war wie ein Befreiungsschlag, als man am letzten Sonnabend erfuhr, Präsident Janukowitsch habe die Präsidentschaftsadministration und sein Wohnsitz in Mezhirja unweit von Kiew in offensichtlich panischer Flucht verlassen. Der Rücktritt von Janukowitsch war die Maximalforderung der Aktivisten des Maidan in den letzten drei Monaten gewesen, bis vor einer Woche noch kaum vorstellbar. Erst der Rückzug der Sicherheitskräfte nach Beschluss der Werchowyna Rada entzog ihm am Freitag die Machtbasis, auf die er sich zu stützen glaubte. Hinterlassen hat er nicht nur ein gefährliches Machtvakuum nach der zunächst noch gültigen präsidential zugeschnittenen Verfassung, sondern auch ein durch Korruption schwer geschädigtes Land kurz vor dem Staatsbankrott, das um über 100 Tote während der gewalttätigen Auseinandersetzungen trauert. Ein Großteil der Opfer wurde durch Scharfschützen erschossen, Hunderte zum Teil schwer Verletzte sind zu beklagen. Das Parlament war in diesen Tagen das einzige noch handlungsfähige Verfassungsorgan im Land, verabschiedete dann auch mit atemberaubender Schnelligkeit bis Dienstagmittag Gesetze und Verordnungen. Mit einer Zweidrittelmehrheit stimmte das Parlament noch Freitagnachmittag für die Rückkehr zur parlamentarischen Verfassung von 2004

und entzog dem Präsidenten damit viele Vollmachten. Es folgten Gesetze über die Amnestie aller während der Unruhen festgenommenen Aktivisten, über die Freilassung von Julia Timoschenko, die „Selbstabsetzung“ des geflohenen Präsidenten, Minister und Präsidentenberater sowie die Mehrheit der Verfassungsrichter wurden einzeln entlassen, aus den Reihen der ehemaligen Opposition - mehrheitlich von der stärksten Fraktion Batkiwtschyna - wurden an Stelle der Minister Bevollmächtigte ernannt. Bis Montag hatten bereits an die 80 Abgeordnete der noch regierenden Partei der Regionen ihren Austritt verkündet und trugen die Beschlüsse mit. Die Mehrheit von ihnen organisierte sich gemeinsam mit unabhängigen Abgeordneten in zwei neuen Fraktionen, der „Wirtschaftlichen Entwicklung“ und „Gemeinsamen Europäischen Ukraine“. Bereits am Montag wurden für den 25. Mai 2014 vorgezogene Präsidentschaftswahlen anberaumt, am 25. Februar der Wahlkampf offiziell eingeleitet. Vitalij Klitschko hat seine Kandidatur bereits angekündigt. Angesichts der enormen Geschwindigkeit, mit der das Parlament Gesetze und Beschlüsse verabschiedet, geben kritische Stimmen jedoch auch zu bedenken, dass die Rechtskonformität der Beschlussverfahren gewahrt bleiben müsse.

Eine rasante Entwicklung, die man sich noch vor einer Woche unter den Vorzeichen des beängstigenden Anti-Terroreinsatzes der Sicherheitskräfte kaum vorstellen konnte. Dabei wurde der Umbruch in den drei Monaten, während derer die Proteste anhielten,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

GABRIELE BAUMANN

26. Februar 2014

www.kas.de/Ukraine

der Euromaidan entstand, sich strukturierte, radikalisierte und immer neue Blüten trieb, vorbereitet und getragen von einer neuen Generation junger engagierter Ukrainer, die sich die europäischen Werte als Grundlage für ihr Zusammenleben wünschen. In diesen Monaten hat sich bei ihnen und einem ständig wachsenden Kreis von Unterstützern ein neues gesellschaftliches und nationales Bewusstsein herausgebildet. Gut ausgebildete Menschen sahen für sich keine Zukunft mehr im System Janukowitsch, das nur denjenigen Erfolg brachte, die zum engeren Kreis der Familie des Präsidenten gehörten. Sie forderten Rechtsstaatlichkeit, ein Land ohne Vetternwirtschaft und Korruption. Spätestens nach der ersten fehlgeschlagenen Räumung des Euromaidan durch die Sicherheitskräfte am 12. Dezember und der darauf folgenden Verstärkung der Barrikaden war klar, dass die Demonstranten bis zur Erfüllung ihrer Maximalforderung ausharren würden. Sehr viele haben in den letzten Wochen aber auch traumatische Erfahrungen gemacht, Familienangehörige, Freunde und Gleichgesinnte starben vor ihren Augen. Und sie wollen nun wissen, wer die Schüsse abgegeben hat und wer die Verantwortung dafür trägt. Es heißt, der Euromaidan werde so lange besetzt bleiben, bis die Schuldigen gefunden werden. Die Bilder und Biographien der Toten kann man sich im Internet ansehen. Es sind durchweg ganz normale Menschen und Angehörige der Mittelschicht. Unter ihnen sind weder Rechtsradikale noch Vertreter des Rechten Sektors, die sich mittlerweile als charismatische Kämpfer mit Anspruch auf Leitungspositionen im neu zu schaffenden Innenministerium in Stellung bringen. Augenzeugen berichten, dass sich in der entscheidenden Nacht vom 18. auf den 19. Februar die militanten Anhänger des Rechten Sektors zurückgezogen hatten und das Feld einigen Hundert verzweifelten Demonstranten überließen, von denen in dieser Nacht allein 25 starben. Der Rechte Sektor umfasste in Kiew zu keinem Zeitpunkt mehr als 500

Personen und ist eine Ansammlung von Radikalen ganz unterschiedlicher Provenienz und mit unterschiedlichen Zielsetzungen. Sicher ist nur, dass durch die Aktivitäten dieser Gruppe die Radikalität vieler Anhänger der Partei Swoboda aufgesogen wurde, da diese seit Mitte Januar auf dem Euromaidan immer weniger sichtbar war. Swoboda hat in den letzten Monaten zudem landesweit an Unterstützung verloren, ihre Umfragewerte liegen derzeit nur noch bei ungefähr fünf Prozent. Neben der Besetzung radikaler Positionen durch andere Gruppierungen ist dies auch Ausdruck von Unzufriedenheit der Bevölkerung mit Swoboda auf kommunaler und Gebietsebene überall dort, wo sie Verantwortung übernommen haben.

Sehr viele Menschen haben die Freilassung von Julia Timoschenko letzten Samstag begrüßt, über Hunderttausend kamen zu ihrer Rede auf dem Euromaidan in Kiew. Ihr Comeback aber scheint nach diesem ersten Auftritt seit über zwei Jahren zunächst gescheitert. Zu sehr verkörpert sie für die neue Generation ein System, das letztendlich die Grundlagen für die Auswüchse der Ära Janukowitsch mit gelegt hat. Auf Viele wirkten ihre Durchhalteparolen leer, die Aussage, sie wolle „zukünftig der Garant für die Sicherheit der Menschen sein“ und „wäre sie da gewesen, hätte man nie so viele Opfer zu beklagen gehabt“ unangemessen und unglaubwürdig. Der Beifall fiel entsprechend zurückhaltend aus. Für Unmut in der Öffentlichkeit sorgte zudem ein Video, das einen Tag später im Internet auftauchte. Es zeigt Timoschenkos Tochter Jewgenija, wie sie während der entscheidenden Tage auf dem Euromaidan letzte Woche in einer teuren Hotelsuite in Rom sorglos ihren Geburtstag feiert. Julia Timoschenko gab am Montag bekannt, dass sie für das Amt des neu zu wählenden Ministerpräsidenten nicht zur Verfügung stehen werde. Nach ihrer medizinischen Rehabilitationszeit in Deutschland wird sie allerdings weiterhin

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

GABRIELE BAUMANN

26. Februar 2014

www.kas.de/Ukraine

eine wichtige Stimme in der ukrainischen Politik bleiben. Ihre Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen im Mai ist sehr wahrscheinlich.

Am Donnerstag ernennt das ukrainische Parlament nach vorheriger Absprache mit dem Euromaidan eine Übergangsregierung, gebildet aus Politikern der ehemaligen Oppositionsparteien Batkiwtschyna und Swoboda sowie Experten und Vertretern aus dem Kreis der Zivilgesellschaft, die den Euromaidan in den vergangenen Monaten mit hoher persönlicher Risikobereitschaft unterstützt haben. Politiker von UDAR werden nicht Teil des Ministerkabinetts sein, unterstützen aber nach Angaben ihres Vorsitzenden Vitalij Klitschko die „Regierung des Volksvertrauens“. Entgegen der Vereinbarung zwischen Janukowitsch, den Vertretern der damaligen Opposition sowie den Außenministern Deutschlands, Frankreichs und Polens vom letzten Freitag wurden auch Politiker aus der Partei der Regionen nicht Teil der Übergangsregierung.

Allen Erwartungen nach wird Arsenij Jatsenjuk von Batkiwtschyna Premierminister, Oleksandr Sitsch von Swoboda wird das Amt des Vizepremierministers bekleiden. Als Vizepremiere für Eurointegration wurden Boris Tarasjuk von Batkiwtschyna nominiert, für Regionalpolitik der parteilose Bürgermeister von Winniza Wolodimir Groisemann, für humanitäre Fragen die Ärztin und Maidan-Aktivistin Olga Bogomolez.

Das Parlament unter Leitung seines Vorsitzenden und amtierenden Staatspräsidenten Alexander Turtschinow hat schnell gehandelt und das Machtvakuum innerhalb weniger Tage gefüllt. Die Sicherheitslage im Land stabilisierte sich schlagartig. Mit der Einbeziehung der Zivilgesellschaft ist man um das Vertrauen des Volkes bemüht. Es ist allerdings ein Versäumnis, nicht wenigstens einige maßvolle Politiker der Partei der Regionen in die Regierung einbezogen zu haben. Hiermit hätte man auch den Regionen

im Osten und Süden der Ukraine mehr Dialogbereitschaft und Stabilität vermitteln können. Beunruhigt und desorientiert über die neuesten Entwicklungen ist die Bevölkerung im Gebiet Lugansk an der russischen Grenze, teilweise in Charkow und Donezk. Anfängliche Tendenzen hin zu einer Abspaltung von der Ukraine und einer Hinwendung zu Russland wurden hier künstlich angefacht, versiegten aber auch schnell wieder. Teils schwere Unruhen gibt es weiter auf der Krim, in Simferopol und insbesondere in der Hafenstadt Sewastopol, dem Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte mit 20.000 russischen Soldaten. Noch am Dienstag berichteten Medien, dass eine Delegation der russischen Staatsduma unter der Leitung von Leonid Slutzkij auf der Krim sei und Russland sich bereit erklärt habe, ukrainischen Bürgern Reisepässe durch ein leichteres Verfahren auszustellen. Die Staatsduma dementierte dies. Sewastopol wird aufgrund seiner Standortproblematik aber auch zukünftig Zankapfel zwischen der Ukraine und Russland bleiben, eine Abspaltung erscheint jedoch momentan unwahrscheinlich. Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang, dass die Krimtataren, die ca. 15 Prozent der Bevölkerung der Halbinsel ausmachen, eine Hinwendung zu Russland kategorisch ablehnen.

Die politische Entwicklung in der Ukraine bleibt weiter angespannt. Die neue Regierung steht vor der gigantischen Aufgabe, den Neustart nach diesen einschneidenden Veränderungen im Bewusstsein der Menschen mit tragfähigen Reformen in allen Bereichen zu unterlegen und einen drohenden Staatsbankrott abzuwenden.